

Haushaltsrede der SPD-Fraktion zur Verabschiedung des Haushalts 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bernhard,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Fetzner,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie mir zu Beginn meiner Stellungnahme einen kurzen Rückblick auf die finanzielle Ausgangslage Anfang des vergangenen Jahres. Damals hatte unser Oberbürgermeister in seiner Haushaltsrede vom 26. Januar 2011 noch festgestellt, dass: "...die Eckwerte des Haushalts wenig Anlass zu Zufriedenheit geben und dass wir trotz harter Einsparmaßnahmen die Negativ-Entwicklungen nicht stoppen können." Herr Soballa konnte diese Perspektive dann mit Zahlen unterlegen, wonach sich die in 2009 zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts nötige Zuführung vom Vermögenshaushalt von rund 2,7 Mio. € in 2011 auf rund 6,6 Mio. € erhöhen würde. Dies vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise, die in 2009 die Steuereinnahmen bundesweit bereits um 12% und in 2010 nochmals um 7% reduziert hatten. Mit der wirtschaftlichen Erholung im Verlauf des vergangenen Jahres mehrten sich dann aber die positiven Signale aus Bund und Land, was in Verbindung mit steigenden Steuereinnahmen auch zu einer Entspannung der kommunalen Finanzsituation führte. So konnte Oberbürgermeister Bernhard bereits am 15.09.2011 dem Regierungspräsidium Karlsruhe unter der Überschrift „Haushaltskonsolidierung und aktuelle Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Lage der Stadt Weinheim“ mitteilen, dass „die geplante Negativzuführung voraussichtlich von rd. 4,4 Mio. € auf rund 2 Mio. € reduziert werden kann und sich im Finanzbudget eine finanzielle Verbesserung gegenüber der Planung in Höhe von rd. 3,4 Mio. € ergibt. Aus der Antwort des RP vom 27.10. konnten wir dann entnehmen, dass dort die Verbesserungen in der hauswirtschaftlichen Lage der Stadt einerseits anerkannt werden, wir gleichwohl aufgefordert bleiben, unsere Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts fortzusetzen. Womit wir bei der Beurteilung des vorliegenden Haushaltsentwurfs für das kommende Haushaltsjahr angekommen wären. Zu Beginn die guten Nachrichten:

1. Nach der Negativzuführung der vergangenen drei Jahre können wir im diesjährigen Verwaltungshaushalt, der mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils

93.531.100 € abschließt, wieder eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von rund 4,67 Mio. € erwirtschaften. Zusammen mit dem Vermögenshaushalt umfasst der Gesamthaushalt also 105.081.210 €.

2. Auch können wir beginnen unsere Schulden abzubauen, da die Kreditaufnahmen unter der Tilgung bleiben. Dass hier jedoch noch massiver Nachholbedarf besteht, zeigt ein Blick auf die prognostizierte Entwicklung im kommenden Haushaltsjahr.

Konnten wir zum 31.12.2010 noch mit einem Schuldenstand von 39,98 Mio. € abschließen, so erhöhte sich dieser Betrag zum Ende des vergangenen Jahres auf 44,09 Mio. €, der Ende 2012 auf voraussichtlich 43,04 Mio. € wieder leicht gesenkt werden kann. Entsprechend wird sich die Pro-Kopf-Verschuldung bei 43.778 Einwohnern zum 30.06.2011 von 1.076 € auf 983 € zum Jahresende reduzieren.

Allerdings dürfen wir dabei die Haushaltsarithmetik nicht übersehen, wonach sich die Grundlage der Steuerkraftmesszahl und der Steuerkraftsumme aus den Einnahmen von Steuern, Steueranteilen und Finanzaufweisungen des vorvergangenen Jahres berechnet. Das bedeutet einerseits, dass für das laufende Jahr zwar die Einnahmen im Haushaltsjahr 2010 zugrunde gelegt werden können, uns jedoch andererseits diese positive Entwicklung bereits in 2014 wieder einholt.

Wie wichtig es deshalb ist, auch in guten Jahren an eine ausreichende Rücklage zu denken, mussten wir in den zurückliegenden mageren Jahren erkennen, als wir auf rund 15,5 Mio. € aus den Jahren 2006 und 2007 zurückgreifen konnten.

Wenn sich damit unsere aktuelle finanzielle Situation gegenüber der ursprünglichen Planung auch deutlich verbessert hat, sind wir von einer ausreichenden Ertragskraft zur Finanzierung unserer notwendigsten Investitionen noch weit entfernt.

Die theoretische Möglichkeit einer weiteren Reduzierung des Mittelfristigen Investitionsprogramms scheitert jedoch an der Notwendigkeit, die bereits mehrfach verschobenen Bedarfe in den kommenden Jahren zu finanzieren. Glücklicherweise konnten die Kreditaufnahmen in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2013/2014 von ursprünglich 9,9 Mio. € auf insgesamt 3,07 Mio. € reduziert werden.

Ob sich die bis 2015 vorgesehenen Grundstücksveräußerungen in der vorgesehenen Höhe verwirklichen lassen, bleibt abzuwarten. Hatte ich in meiner letztjährigen Haushaltsrede noch die gängige Praxis der schwarz-gelben Koalition gerügt,

Aufgaben der Daseinsfürsorge auf die Kommunen zu übertragen, ohne für die entsprechende Finanzausstattung zu sorgen, so erreicht uns die gute Nachricht aus Stuttgart zur rechten Zeit, wonach die grün-rote Landesregierung ihr Wahlversprechen einlöst und endlich die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips bei der Kinderbetreuung umsetzt. Die landesweit zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 315 Mio. € bedeuten für Weinheim eine finanzielle Zuweisung von rund 1,6 Mio. €. Darin sehen wir nicht nur einen landespolitischen Paradigmenwechsel, sondern eine ebenso richtige wie wichtige Unterstützung unseres seit vielen Jahren bestehenden kommunalpolitischen Schwerpunkts im Bereich Bildung und Betreuung im Kinder- und Jugendbereich. Davon zeugt nicht nur die bereits beschlossene Erhöhung der Zuschüsse an die freien Träger in Höhe von 726.000 € sowie die Anpassung der Baukosten für den Kindergarten Lützelsachsen-Ebene auf 2,6 Mio. € aufgrund der Erweiterung des bisherigen Angebots mit zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 1,5 Mio. € in den beiden kommenden Jahren. Bereits in der Vergangenheit konnte sich unsere Stadt mit den Einrichtungen der Weinheimer Bildungskette wie Job Central, Integration Central, Kommunales Übergangsmanagement und dem Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart ein Profil erarbeiten, das uns nicht nur regional als anerkannte Bildungsregion ausweist, sondern auch bundesweit hohe Anerkennung findet. Auch deshalb wird die SPD-Fraktion die weitere Entwicklung der von einer Mehrheit dieses Gremiums beschlossenen Abgabe der bewährten kommunalen Struktur des Jugendamts an den Rhein-Neckar-Kreis sehr sorgfältig verfolgen.

Dass wir dem Thema Kinderbetreuung, Schule und Jugendkultur auch weiterhin einen zentralen Stellenwert beimessen, lässt sich nicht nur an unserer zwar kritischen aber konstruktiven Teilnahme am aktuellen Moderationsprozess zur Schulentwicklung in der Weststadt festmachen, sondern ist auch an vier von insgesamt fünf Anträgen zur heutigen Haushaltsverabschiedung erkennbar. So kommen wir mit unserer Forderung nach einer Verstärkung der Schulsozialarbeit auf einen bereits vor Jahren gestellten Antrag zurück, der seinerzeit aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Wenn sich auch die städtischen Finanzen nicht grundlegend verändert haben, so wird mit der in Stuttgart beschlossenen Aufstockung um 15 Mio. für die Schulsozialarbeit die langjährige Forderung der Kommunen auf eine Drittelbeteiligung des Landes endlich umgesetzt. Daneben sehen wir vor dem Hintergrund der aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen im

Land, Stichwort Gemeinschaftsschule, Abschaffung der Grundschulempfehlung und Inklusion, um nur drei Beispiele zu nennen, dringenden Handlungsbedarf, nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Eltern in zunehmendem Maße professionell zu begleiten. Neben der politisch bestimmten Organisation der inneren Schulstruktur stehen wir gleichzeitig vor den notwendigen Standortentscheidungen sowohl für die Albert-Schweitzer-Schule als auch das Rolf-Engelbrecht-Haus. Hier sehen wir uns in der Pflicht, in der Abwägung zwischen finanziellen und pädagogischen Kriterien verantwortungsvolle und nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Dass auch das seit Jahrzehnten immer wieder verschobene Projekt der Halle in Oberflockenbach eine jugendpolitische Komponente hat, lässt sich am aktuellen Bedarf der in der Jugendarbeit tätigen Vereine und Organisationen vor Ort nachvollziehen. Hier wollen wir dem Verein mit einer Planungsrate in Höhe von 10.000 € zumindest mittelfristig eine Perspektive sichern, mit deren Hilfe auch alternative Finanzierungsmöglichkeiten sondiert werden können. Hatten wir bei der Haushaltsverabschiedung im vergangenen Jahr noch einen von der Verwaltung vorgeschlagenen Moderationsprozess zur Bedarfsermittlung für die drei Gemeinden Oberflockenbach, Hohensachsen und Lützelsachsen unterstützt, so sehen wir vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion kaum Chancen zu einer einvernehmlichen Gesamtlösung.

Auch unser interfraktioneller Antrag zur finanziellen Unterstützung des Soziokulturellen Zentrums Muddy's Club beinhaltet eine jugendpolitische Komponente, da das Profil des Vereins schon immer die konstruktive Einbeziehung pädagogischer Strukturen beinhaltete, wonach vor allem Jugendlichen im Übergang von Schule in den Beruf dabei die Gelegenheit gegeben wurde, praktische Erfahrungen im Kultur- und Eventmanagement zu machen. Auch deshalb müssen wir unseren Teil dazu beitragen, diese seit vielen Jahren im Kulturangebot unserer Stadt etablierte Einrichtung zu erhalten. Demgegenüber fordert unserer Projekt Skaterpark, das in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring und dem Verein Boardsport umgesetzt werden kann, einen vergleichsweise überschaubaren Finanzrahmen, der durch Sponsoren und Eigenarbeit der Jugendlichen gefördert die notwendige Infrastruktur herstellen soll. Wir denken, dabei dem Verein eine leer stehende Halle oder ein adäquates Trainingsgelände nach dem Ladenburger Vorbild auch in Weinheim zur Verfügung zu stellen. Auf unseren Antrag zum Thema

Gleichstellungsbeauftragte möchten wir bei der Diskussion der Einzelanträge näher eingehen. Ebenfalls nicht vertiefen möchte ich an dieser Stelle das Thema Bürgerbeteiligung am Beispiel der aktuellen Debatte, die gerne verkürzt als Breitwiesendiskussion geführt wird. Verkürzt, weil es dabei natürlich ebenso um die zukünftige Nutzung im Gewann Hammelsbrunnen geht. Diese Entscheidung soll auf der Sitzung des Gemeinderats vom 21. März nochmals diskutiert werden. Inwieweit in diesem Zusammenhang ein Bürgerdialog oder ein Bürgerentscheid möglich bzw. hilfreich sein kann bleibt abzuwarten. Hier und heute kann ich für die SPD-Fraktion jedoch feststellen, dass wir es uns weder 2004 noch 2007, als mit 17 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen der Vorschlag der Verwaltung angenommen wurde, den Bereich Breitwiesen als Gewerbegebiet auszuweisen und im Gegenzug den Hammelsbrunnen zum Naherholungsgebiet zu erklären, leicht gemacht hatten. So auch bei der Entscheidung vom 19. Oktober 2011, als wir nach nochmaliger sorgfältiger Diskussion aller Vor- und Nachteile der verschiedenen Nutzungsvarianten die Option einer vorausschauenden Gewerbegebietsentwicklung eindeutig im Bereich Breitwiesen gesehen haben. Demgegenüber war der Hammelsbrunnen mit seiner kleinteiligen Parzellierung und, der direkten Anbindung an die Weststadt als Naherholungsgebiet sowie der notwendigen Rücksichtnahme auf das Kreiskrankenhaus nach Ansicht der SPD-Fraktion nie als Gewerbegebiet geeignet. Vor dem Hintergrund möglicher Gewerbesteuerereinnahmen zur Entlastung unserer Haushaltssituation und der Schaffung neuer Arbeitsplätze auch im Leichtlohnbereich können wir aus der aktuellen Diskussion keine grundsätzlichen Argumente erkennen, die diese Einschätzung in Frage stellt. Gleichwohl hat das Primat der aktiven Bürgerbeteiligung in der SPD-Fraktion einen hohen Stellenwert, weshalb wir uns dieser Thematik nochmals stellen wollen, um im Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern zu einer Mehrheitsentscheidung zu kommen, die unserer Verantwortung für das Wohl der gesamten Stadt am Ende auch gerecht wird.

Daneben müssen wir vor dem Hintergrund des demographischen Wandels auch weiterhin nach Möglichkeiten suchen, unsere kommunale Infrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern uns auch permanent um Anpassungspotential und Verbesserungsmöglichkeiten bemühen. So beansprucht auch in diesem Jahr der ÖPNV wieder den größten Einzelposten im Vermögenshaushalt. Neben der Umsetzung des Buslinienkonzepts in Verbindung mit der Neugestaltung des Bahnhofs und des Bahnhofsvorplatzes in Höhe von 2,1 Mio. € bilden die vorgesehene OEG-

Beschleunigung und die S-Bahn die wesentlichen Schwerpunkte des kommenden Jahres. Allein die Umfeldmaßnahmen am S-Bahn-Haltepunkt in Lützelachsen inklusive einer barrierefreien Unterführung belaufen sich auf 3,6 Mio. €. In diesem Zusammenhang wiederholen wir unsere Kritik an der völlig inakzeptablen Verzögerungstaktik bei der Umsetzung des S-Bahn-Projekts durch die Deutsche Bahn. Wir gehen davon aus, dass der gemeinsame Protest aller Fraktionen sowohl auf kommunaler als auch Landes- und Bundesebene in Berlin nicht ignoriert werden kann. Ignorieren wollen wir unsererseits auch nicht die Frage einer Laufbahnsanierung im Sepp-Herberger-Stadion, wofür die bereits in 2011 veranschlagten Mittel in Höhe von 255.000 € auch im kommenden Haushaltsjahr wieder vorgesehen sind. Nachdem dieser Betrag seitens der TSG in einer ersten Runde bereits um 50.000 € verringert werden konnte, haben wir nach dem interfraktionellen Vorort-Termin nun die vorliegenden Alternativplanungen diskutiert, um eine tragfähige Balance zwischen einer notwendigen und gleichzeitig auch finanzierbaren Variante zu finden.

Dass neben der Fortsetzung der Sanierung der Fußgängerzone in Höhe von 575.000 € auch die Sanierung des Hauses Bergstraße 204, in Höhe von 450.000 €, die durch die bereits angekündigte Landeszuweisung unumgänglich ist, findet ebenso unsere Zustimmung wie die Erhöhung der Mittel zur Gebäudeunterhaltung um 610.000 €. Hier, wie auch in der Viernheimer Straße, besteht massiver Nachholbedarf, der uns auch in den kommenden Jahren zu weiteren Investitionen zwingen wird. Wer in diesen Bereichen kurzfristig sparen möchte, wird das in den kommenden Jahren teuer bezahlen müssen.

Die vom Gemeinderat fast einstimmig beschlossene externe Analyse der Personal- und Verwaltungsstruktur soll uns in den kommenden Monaten über Möglichkeiten zur Verbesserung verwaltungstechnischer Abläufe informieren. Auf dieser Grundlage können wir dann objektiv über personelle und strukturelle Maßnahmen diskutieren. Dabei kann es für die SPD-Fraktion nicht um die einfache Lösung gehen, wonach sich durch Reduzierung des Personalbestands kurzfristig Kosten einsparen lassen. Stattdessen erwarten wir Vorschläge, wie wir die vorhandenen Arbeitsplätze in unsere Verwaltung effektiver und damit zeit- und kostengünstiger vernetzen können. Der Antrag, die heutige Verabschiedung des Haushaltsplans 2012 jedoch bis zur Vorlage der Untersuchungsergebnisse bzw. bis nach Diskussion möglicher

Maßnahmen zu verschieben, geht offenbar von einer grundsätzlichen anderen Erwartungshaltung aus, die wir beim besten Willen nicht nachvollziehen können.

Zum Schluss möchte ich mich auch in diesem Jahr im Namen der SPD-Fraktion bedanken. Zuerst bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister Bernhard, für die Vorlage dieses Haushaltsplans. Gleichmaßen auch bei unserem Kämmerer, Herrn Soballa und seinem Team, für die sachgerechte und kompetente Ausarbeitung der komplexen Materie. Unser Dank gilt ebenso Ihnen, Herr Erster Bürgermeister Dr. Fetzner, sowie den Amtsleiterinnen und Amtsleitern für die kollegiale und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Wir danken den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, heute erstmals vertreten durch Herrn Schweinsberg-Kellermann, und dem gesamten Personalrat für ihr Engagement, das durch die aktuelle Haushaltsstrukturanalyse besonders gefordert ist. Ebenso geht der Dank meiner Fraktion an die anderen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sowie an die Kollegen von Weinheim Plus und dem Einzelstadtrat der Linken für das bei zuweilen doch recht unterschiedlichen Einschätzungen in Sachfragen grundsätzlich spürbare Bemühen um kollegiale Zusammenarbeit im Gemeinderat und in den Ausschüssen. Wie in jedem Jahr gilt unser Dank natürlich auch heute wieder den Steuer- und Gebührenzahlern, die uns die finanzielle Basis für diesen Haushalt erbringen. Vergessen wollen wir nicht die vielen Bürgerinnen und Bürger, die in Organisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Roten Kreuz, in Sportvereinen und kulturell oder gesellschaftspolitisch aktiven Gremien zum harmonischen Miteinander in unserem gemeindlichen Zusammenleben beitragen. Dank auch an die Presse für die Berichterstattung des vergangenen Jahres.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Gesamthaushalt der Stadt Weinheim für das Haushaltsjahr 2012 in Höhe von 105.081.210 € zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Es gilt das gesprochene Wort.)

Wolfgang Metzeltin

29. 02. 2012